

Nationale Rundfunkfinanzierung und europäische Beihilfenaufsicht im Lichte des Amsterdamer Rundfunkprotokolls

Eine Untersuchung zur wettbewerbsrechtlichen
Bedeutung des „Protokoll über den öffentlich-rechtlichen
Rundfunk in den Mitgliedstaaten“ für die
mediale Daseinsvorsorge

Von

Michael Stulz-Herrnstadt



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsübersicht

Einleitung und Zielsetzung	25
---	----

Erster Teil

Der Beihilfecharakter öffentlicher Rundfunkfinanzierung als Anwendungsvoraussetzung des Amsterdamer Rundfunkprotokolls	33
---	----

A. Die beihilferelevanten Elemente staatlicher Funktionsverantwortung	33
I. Staatliche Funktionsgarantie für den Träger der Rundfunkfreiheit	33
II. Finanzierungsgarantie	40
III. Ergebnis	47
B. Erste beihilferelevante Maßnahme: Gebührenfinanzierung	48
I. Ratio legis der Beihilfenaufsicht	49
II. Die Auseinandersetzung um den sachlichen Anwendungsbereich des Vertrags	50
III. Beihilfecharakter der Rundfunkgebühr	53
IV. Rundfunkgebühr als verbotene Beihilfe	132
V. Ergebnis	158
C. Zweite beihilferelevante Maßnahme: Gewährträgerhaftung	159
I. Beihilfecharakter der Gewährträgerhaftung	160
II. Gewährträgerhaftung als verbotene Beihilfe und der Grundsatz „too big to fail“	175
III. Ergebnis	177

Zweiter Teil

Begrenzte Beihilferechtfertigung vor dem Amsterdamer Rundfunkprotokoll	178
---	-----

A. Einleitung	178
B. Das Verhältnis von Art. 86 Abs. 2 EG zu Art. 87 Abs. 3 lit. d) EG	179
C. Art. 86 Abs. 2 EG als „sedes materiae“	183
I. Entstehungsgeschichte und ratio legis	183
II. Öffentlich-rechtliche Rundfunkfähigkeit als Daseinsvorsorge – verfassungs- rechtliche Sicht	188

III. Nationale Rechtstraditionen und gemeinschaftsrechtliche Normauslegung	190
IV. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraute Unternehmen	193
V. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip als Schranke	221
D. Die Kulturausnahme des Art. 87 Abs. 3 lit. d) EG	258
E. Ergebnis	264

Dritter Teil

Rechtslage im Lichte des Amsterdamer Rundfunkprotokolls	266
A. Entstehungsgeschichte des Rundfunkprotokolls	266
B. Würdigung der Rezeption	271
C. Rechtliche Konzeption des Rundfunkprotokolls	276
I. Überblick über die inhaltliche Systematik	276
II. Überblick über die formelle Konzeption	279
D. Auslegende Wirkung des Rundfunkprotokolls im Kontext des Art. 86 Abs. 2 EG	301
I. Präambel und das Tatbestandsmerkmal „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“	302
II. Die mitgliedstaatliche „Festlegungs-, Übertragungs- und Ausgestaltungs-kompetenz“ und das Tatbestandsmerkmal der Betrauung	317
III. Die Finanzierungsvoraussetzungen und das Tatbestandsmerkmal der Verhältnismäßigkeit	332
E. Die Kontrollkompetenz der Kommission am Beispiel der deutschen Rundfunkfinanzierung	355
I. Grundsatz: Mißbrauchskontrolle als Ausdruck einer Ermessensreduktion	356
II. Die Problematik der Darlegungs- und Beweislast	357
III. Die einzelnen Aspekte der Mißbrauchskontrolle	359
IV. Die instrumentelle Kontrollausübung der Kommission am Beispiel der geänderten Transparenzrichtlinie	399

Vierter Teil

Schlußbetrachtung	431
Literaturverzeichnis	439
Sachwortverzeichnis	475